



KAPITAL UND IDEOLOGIE

THOMAS PIKETTY



A close-up profile of a woman's face, looking towards the left. Her eyes are a striking yellowish-gold color. A bright, glowing light streak cuts diagonally across the image from the top left towards the bottom right, passing behind her face. The background is a deep red color.

AK | **100**
JAHRE
GERECHTIGKEIT

Gerechtigkeit
ist gekommen,
um zu bleiben.

Die Arbeiterkammer setzt sich seit 100 Jahren für die Rechte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ein. Sie steht für soziale Gerechtigkeit in Österreich.

Damals. Heute. Für immer.

ARBEITERKAMMER.AT/100

#FÜRIMMER

VORWORT

Vor nunmehr sechs Jahren machte Thomas Piketty mit seinem ersten Bestseller „Kapital im 21. Jahrhundert“ internationale Schlagzeilen. Mit seiner beispiellosen Datensammlung zeigte er, wie die Vermögensungleichheit in den letzten Jahrzehnten in vielen Ländern wieder auf ein Niveau wie zur Zeit der Monarchie gestiegen ist. Aufgrund der drastischen Vermögenskonzentration und ihrer negativen Folgen wurde diesem Buch großes öffentliches Interesse zuteil. Nun hat der französische Verteilungsforscher mit „Kapital und Ideologie“ ein neues – und noch umfangreicheres – Buch vorgelegt. Während sein erstes Werk die Entwicklung von Ungleichheiten beschreibt, behandelt Piketty nun nicht nur in einer beeindruckenden historischen Rückschau deren politisch-ideologische Einbettung. Er zeigt auch die negativen wirtschaftlichen und sozialen Konsequenzen einer „Politik zur Aufrechterhaltung des Eigentums“ auf und legt Vorschläge für eine gerechtere Gesellschaft vor.

Auch in Österreich ist die Schere zwischen einigen Superreichen und dem Rest der Bevölkerung sehr groß. Das reichste Prozent allein besitzt hierzulande etwa 40% des gesamten Vermögens, während sich die ärmere Hälfte der Bevölkerung etwa 3% teilt. Das gefährdet nicht nur den sozialen Zusammenhalt, sondern auch die Demokratie. Denn mit Vermögen kommt auch die politische Macht, sich mehr Gehör und viele Vorteile zu verschaffen. Ist es gerecht, dass eine Handvoll sehr reicher Menschen einen großen Teil des Vermögens besitzt und diesen über Generationen weitervererbt? Welche ideologischen Erzählungen und Denkweisen rechtfertigen ein solch hohes Maß an Ungleichheit? Diesen Fragen geht Piketty in seinem neuen Buch auf den Grund.

Piketty hat seine beiden Bestseller kurz nach ihrem Erscheinen in der Arbeiterkammer Wien vorgestellt und wichtige Impulse für die Diskussion in Österreich geliefert. Nicht alle können das neue 1.300 Seiten starke Buch im Detail studieren. Deshalb fasst diese Broschüre kurz und knapp die wichtigsten Argumente und politischen Ableitungen von „Kapital und Ideologie“ zusammen. Pikettys neues Buch ist ein Aufruf für mehr soziale Gerechtigkeit, eine faire Verteilung von Vermögen und Einkommen sowie einen Ausbau der Mitbestimmungsrechte der Beschäftigten. Für diese Ziele kämpft die Arbeiterkammer an der Seite der ArbeitnehmerInnen seit nunmehr 100 Jahren und auch in Zukunft mit vollem Einsatz.



Franziska Disslbacher



Michael Ertl



Julia Hofmann



Georg Hubmann



Ludwig List



Markus Marterbauer



Matthias Schnetzer

KAPITAL UND IDEOLOGIE



Alle Verweise (Seitenzahlen, Grafiknummerierungen) beziehen sich auf die deutsche Ausgabe von Kapital und Ideologie (Verlag C.H. Beck, München, 1.Auflage, 2020). Siehe auch: <http://piketty.pse.ens.fr/en/ideology>.

IMPRESSUM

1. Auflage, Juni 2020

Medieninhaber: Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien,

Prinz Eugen Straße 20-22, 1040 Wien, Telefon: (01) 501 65 0

Offenlegung gem. § 25 MedienG: siehe wien.arbeiterkammer.at/impresum

Redaktion: Franziska Disslbacher, Michael Ertl, Julia Hofmann, Georg Hubmann, Ludwig List, Markus Marterbauer, Johannes Rendl, Matthias Schnetzer

Konzeption: Georg Hubmann, Jahoda-Bauer-Institut, www.jbi.or.at

Grafik: contentschmiede

Hersteller: Bösmüller Printmanagement GesmbH & Co. KG

Bestell-Telefon: (01) 310 00 10 591

Die Broschüre und die Grafiken stehen auf der Homepage der AK Wien unter

<http://wien.arbeiterkammer.at/piketty> zum Download bereit.

INHALT

1	Kapital und Ideologie	06
2	Gescheiterte Revolution	08
3	Extreme Eigentumsgesellschaften	10
4	Herrschende und Beherrschte	12
5	Der Sozialstaat als Mittel gegen die Ungleichheit	14
6	Der Erfolg des Neoliberalismus	16
7	Eine Ideologie der Gleichheit	18
8	Gleiche Bildungschancen für Alle	20
9	Steuergerechtigkeit	22
10	Betriebliche Mitbestimmung	24
11	Transnationale Gerechtigkeit	26

KAPITAL UND IDEOLOGIE

DIE KONSTRUKTION VON UNGLEICHHEITEN

Der französische Verteilungsforscher Thomas Piketty untersucht in „Kapital und Ideologie“ die weltweite Geschichte sozialer Ungleichheiten und deren Ursachen. Sein zentrales Argument ist, dass Ungleichheiten nicht naturgegeben sind, sondern das Ergebnis von politischen Entscheidungen und Versäumnissen, von gesellschaftlichen Auseinandersetzungen und Machtgefällen. Jede Gesellschaft stützt und rechtfertigt soziale Ungleichheiten durch eine Ungleichheitsideologie.

Was ist eine Ideologie?

Als Ideologie bezeichnet Piketty Ideen und Diskurse, die beschreiben, wie eine Gesellschaft zu organisieren sei. Demnach sollen Ideologien die Frage nach der erstrebenswerten oder idealen Organisation der Gesellschaft beantworten. Weil diese Fragen aber sehr komplex sind, gibt es darüber ideologische Meinungsverschiedenheiten und Konflikte.

Die zwei zentralen Elemente einer Ungleichheitsideologie sind das politische Regime und das Eigentumsregime. Das politische Regime umfasst die Formen von Mitbestimmung und Teilhabe, die

politischen Rechte sowie die Art der Beschlussfassung in einer Gesellschaft. Dazu gehört die Antwort auf die Frage, wer überhaupt stimmberechtigtes Mitglied der Gesellschaft ist, oder welche Rolle einzelnen politischen Institutionen, wie dem Parlament, zugestanden wird. Kurzum: das politische Regime regelt Macht über Personen.

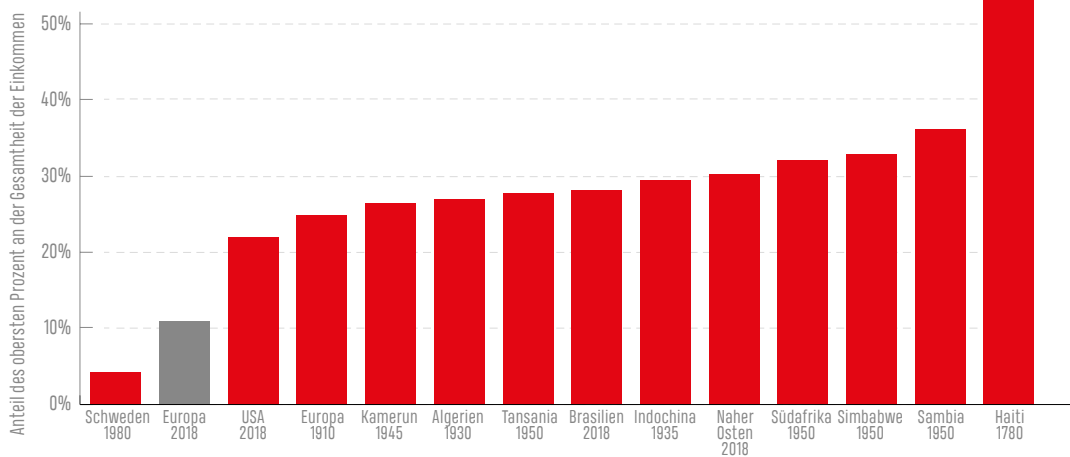
Das Eigentumsregime regelt hingegen Macht über Vermögenswerte. Es ist die Gesamtheit an Regeln, die mögliche Eigentumsformen festlegt und die Einhaltung der Eigentumsrechte überwacht. Dies dient auch der Absicherung von Eigentumsverhältnissen zwischen gesellschaftlichen Gruppen. Das Eigentumsregime regelt also nicht nur die Definition von Eigentum, sondern auch die Beziehungen zwischen Herren und SklavInnen, Adeligen und Bauern, EigentümerInnen und MieterInnen oder KapitalbesitzerInnen und Lohnabhängigen.

Jede Gesellschaft hat ihre Ideologie

Jede Gesellschaftsform beruht auf einem politischen Regime und einem Eigentumsregime, die eng miteinander verknüpft sind. Von Konserva-

DAS OBERSTE PROZENT IN HISTORISCHER PERSPEKTIVE

Bezieht man SklavInnenhaltergesellschaften wie Saint-Domingue (Haiti) 1780 mit ein, liegt der Anteil des einkommensstärksten 1% am gesamten erwirtschafteten Wohlstand bei 50 bis 60%.
Grafik 7.7, S.344



tiven werden Ungleichheiten oft als natürlich beschrieben als von der wirtschaftlichen Entwicklung und dem technischen Fortschritt in einem Land bestimmt. Zu allen Zeiten und in allen Breitengraden haben Eliten versucht, Ungleichheit zu naturalisieren, denn „die sozialen Ungleichgewichte seien nur zum Besten der Ärmsten und der Gesellschaft überhaupt und im Übrigen sei ihre derzeitige Struktur ohnehin die einzig denkbare und lasse sich nicht substantiell verändern“ (S.22). Doch das Ausmaß der Ungleichheiten unterscheidet sich selbst zwischen Ländern mit sehr ähnlichen materiellen Bedingungen, so Piketty.

Durch die jahrelange Arbeit von zahlreichen ForscherInnen aus aller Welt hat Piketty für sein Buch Zugriff auf eine Vielzahl an Verteilungsdaten quer über viele Länder und Epochen. So kann er unterschiedliche Ungleichheitsregime, von Kolonien über SklavInnenhalterInnenengesellschaften und Ständestaaten (trifunktionale Gesellschaften), bis zu den modernen Industriestaaten, miteinander vergleichen. Dabei weist Piketty erneut auf die Rolle von Ideen und Ideologien hin: „Wenn die sklavenhaltenden und kolonialen Gesellschaften

ein außerordentlich hohes Maß an Ungleichheit erreichten, so deshalb, weil sie um ein besonderes politisches und ideologisches Projekt herum errichtet wurden“ (S.342).

Ungleichheiten sind nicht naturgegeben

Aus der Analyse der Ungleichheitsregimes und ihrer Ideologien zieht Piketty eine zentrale Schlussfolgerung: „Die Ungleichheit ist keine wirtschaftliche oder technologische, sie ist eine ideologische und politische Ungleichheit“ (S.21). Daraus nährt sich auch sein Optimismus, dass der Kampf um Ideen und die ideologischen Kräfteverhältnisse vorherrschende Ungleichheiten signifikant reduzieren kann.

„Jede menschliche Gesellschaft muss ihre Ungleichheiten rechtfertigen.“

Thomas Piketty, Kapital und Ideologie, S.13

EUROPAS TRIFUNKTIONALE GESELLSCHAFTEN

Die Analyse der Ungleichheitsregime beginnt Thomas Piketty mit den dreigliedrigen Gesellschaften des christlichen Europas, denn sie wirken bis heute nach. Die Gesellschaft war in drei Stände unterteilt und jeder erfüllte eine wesentliche Funktion. Der Klerus als religiöse Klasse predigte moralische Grundwerte. Der Adel sorgte notfalls mit Waffengewalt für Schutz und Stabilität. Der dritte Stand sicherte die Lebensgrundlage und umfasste die Landwirtschaft, Handel sowie Handwerk und setzte sich somit aus ArbeiterInnen und dem BürgerInnenstum zusammen. Diese Ordnung bezeichnet Piketty auch als trifunktionale Gesellschaften. In ähnlicher Form waren diese auch in Indien, China oder Japan zu finden.

Ökonomische und politische Macht

Das entscheidende Charakteristikum dieser Gesellschaften ist die enge und untrennbare Verbindung von politischer und wirtschaftlicher Macht. Obwohl der Klerus und der Adel im Frankreich des späten 18. Jahrhunderts gemeinsam nur 1,5 % der Bevölkerung ausmachten, gehörte ihnen in etwa die Hälfte des Grund und Bodens. Die Feudalherren, die den beiden besitzenden Klassen angehörten, unterdrückten die arbeitende Bevölkerung durch Zwangsarbeit und Leibeigenschaft. Ungleichheiten wurden damit gerechtfertigt, dass jede Gruppe ihre spezifische Funktion zu erfüllen habe und dies der gesamten Gemeinschaft zugutkomme.

In diesen Gesellschaften wurde militärische und politische Macht vor allem auf lokaler Ebene ausgeübt. Die Entwicklung des modernen Zentral-

staats untergräbt diese trifunktionale Gesellschaftsordnung. Sobald der Staat in der Lage war, flächendeckenden Schutz und eine sinnvolle Verwaltung zu gewährleisten, machte er den Adel obsolet. Ähnliches gilt für die Entwicklung der Wissenschaften im Besonderen von Philosophie und Medizin: Sie stellten schleichend die Legitimität des Klerus in Frage.

Die Gescheiterte Revolution

Die Französische Revolution ist ein symbolträchtiger Bruch zwischen den Ständegesellschaften und der sich ausbreitenden bürgerlichen Gesellschaft. In der Nacht des 4. August 1789 stimmte die Französische Nationalversammlung für die Abschaffung der Privilegien von Klerus und Adel. Dafür mussten Grenzen zwischen entschädigungslos aufzuheben-

„Doch die große Hoffnung der Revolution auf wirkliche Gleichheit erfüllte sich nicht. Dass die Eigentumskonzentration immer weiter stieg und vor dem ersten Weltkrieg größer war als in den 1780er Jahren, beweist das Ausmaß der Diskrepanz zwischen den revolutionären Versprechungen und der Wirklichkeit.“

Thomas Piketty, Kapital und Ideologie, S.199

2

den Privilegien und als legitim erachteten Rechten gezogen werden. Das aristokratische Privileg des Lehensherrn, Frondienst von der Bevölkerung als unbezahlte Arbeit einzufordern, wurde in ein Pachtverhältnis mit Pachtzins umgewandelt. Diese Änderungen der rechtlichen Beziehungen führten zu keiner Umverteilung von Eigentum.

Proprietarismus: Privateigentum um jeden Preis

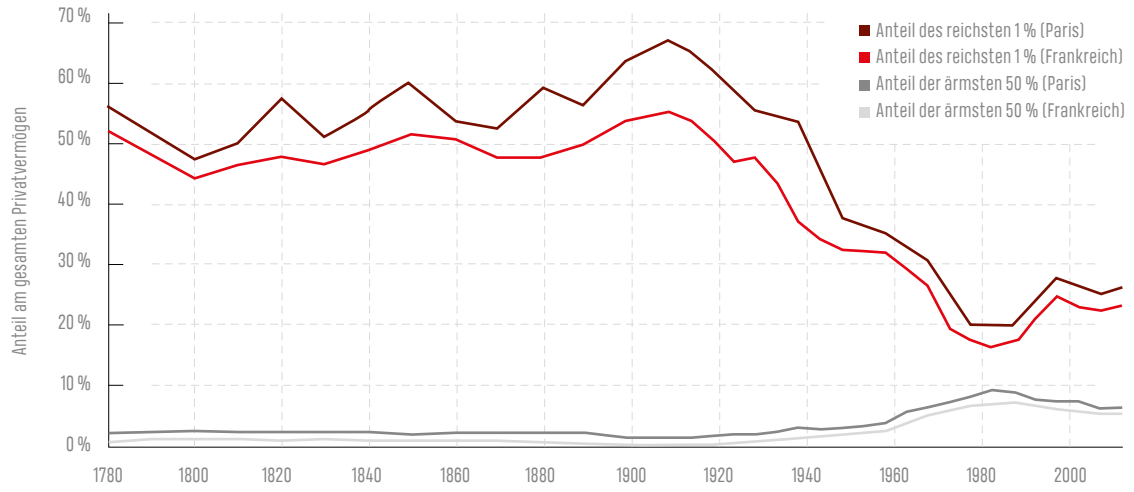
Denn der Kern der Revolution von 1789, so Piketty, findet sich in der Übertragung der Hoheitsrechte von lokalen adeligen und geistlichen Eliten an den Zentralstaat und nicht in der Umverteilung von Eigentum. Die Eigentumsverhältnisse blieben im Zuge der Französischen Revolution weitgehend unangetastet. Zu groß war die Angst vor Chaos,

zu groß die Angst der Bürgerlichen, ihr gewonnenes politisches Hoheitsrecht wieder zu verlieren. Vielmehr sollte das Eigentumsrecht als umfassendes Vorrecht beim Individuum bleiben. Der Staat sollte sich hauptsächlich dem Schutz dieser Eigentumsrechte widmen.

Mit der Französischen Revolution setzte sich diese Ideologie schleichend durch. Zwar wurde eine moderate proportionale Erbschaftssteuer von 1% des Erbes eingeführt, eine progressive Besteuerung, in der die Steuersätze mit höherem Erbe steigen, konnte aber nicht durchgesetzt werden. Damit stieg die Vermögenskonzentration nach der Revolution weiter an und erreichte bis zum Ausbruch des ersten Weltkrieges ihren Höhepunkt.

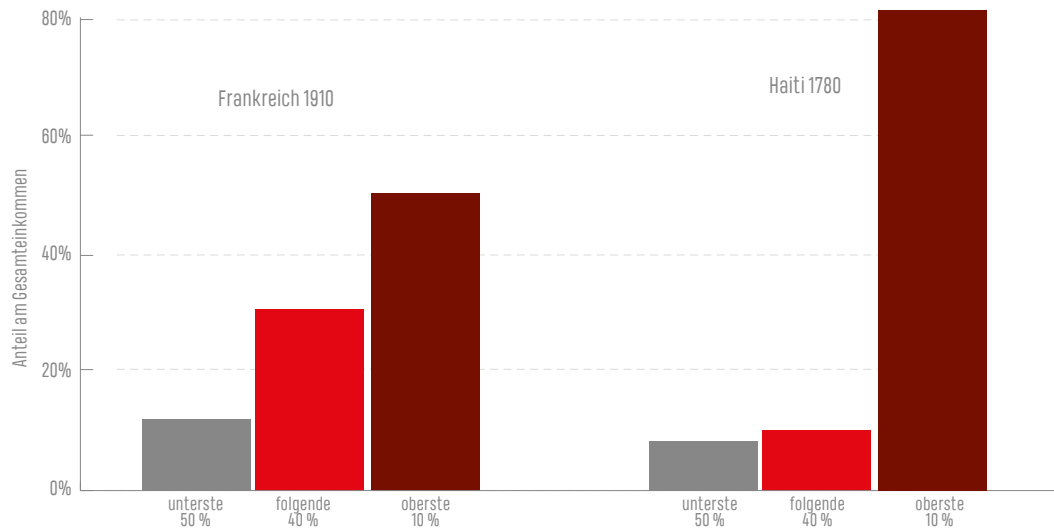
DIE UNGLEICHE VERMÖGENSVERTEILUNG IM FRANKREICH DES 19. JAHRHUNDERTS

In Paris besaß im Jahr 1910 das reichste 1 % ungefähr 67 % des gesamten Privatvermögens, gegenüber 49 % im Jahre 1810 und 55 % im Jahre 1780. Nach einem geringfügigen Rückgang während der Französischen Revolution nahm die Vermögenskonzentration in Frankreich (insbesondere in Paris) im Laufe des 19. Jahrhunderts bis zum Ersten Weltkrieg wieder zu. Grafik 4.1, S.173



DIE UNGLEICHHEIT IN DEN KOLONIAL- UND SKLAVINNENHALTERGESELLSCHAFTEN

Der Anteil der einkommensstärksten 10 % an der Gesamtheit der Einkommen lag in Saint-Domingue (Haiti) im Jahr 1780 (rund 90 % Sklavinnen und knapp 10 % weiße Kolonialherren) bei über 80 %, gegenüber rund 50 % im französischen Mutterland 1910.
adaptierte Grafik 7.2, S.333



EXTREME EIGENTUMSGESELLSCHAFTEN

UNGLEICHHEIT DURCH SKLAVEREI

Die Sklaverei im 18. und 19. Jahrhundert bildet eine der extremsten Formen einer Eigentumsgesellschaft. Piketty analysiert die SklavInnenhaltung verschiedener Länder: Großbritannien in Jamaika und den Bahamas, Frankreich vor allem in Haiti, in den Südstaaten der USA, in Brasilien und die Leibeigenschaft in Russland.

Besonders aufschlussreich ist der Prozess der Abschaffung der Sklaverei, die zunächst in Frankreich 1794 begann und erst mehr als ein Jahrhundert später in Brasilien (1888) erfolgte. Piketty

spricht von einer „Quasi-Heiligsprechung von Eigentum“: Denn entschädigt wurden SklavInnenhalter, nicht die SklavInnen!

Erpressung Haitis nach SklavInnenbefreiung

In Haiti waren mehr als 90 % der Bevölkerung versklavt. Der von ihnen in den Zuckerrohr-, Kaffee- und Baumwollplantagen produzierte Reichtum ging an die kleine Gruppe der französischen PlantagenbesitzerInnen. Nach dem erfolgreichen SklavInnenaufstand 1791 wurde Haiti 1804 unab-

„Die Abschaffung der Sklaverei warf in den Eigentümergeellschaften des 19. Jahrhunderts gefährliche ideologische Probleme auf, herrschte doch die Befürchtung, dass sie ohne eine Entschädigung der SklavInnenhalter am Ende die gesamte proprietaristische Ordnung und das System des Privateigentums infrage stellen würde.“

Thomas Piketty, Kapital und Ideologie, S.306

hängig. Der Preis war eine gigantische Verschuldung des Landes, denn Frankreich zwang Haiti mit militärischer Macht zur Zahlung von enormen Summen zur Entschädigung der SklavInnenhalter für deren Eigentumsverlust.

Diese Summe entsprach dem Dreifachen von Haitis Nationaleinkommen und wurde bis 1950 offiziell beglichen. Über mehr als ein Jahrhundert hemmten die Rückzahlungen die wirtschaftliche Entwicklung des Karibikstaates. An die wahren Opfer der brutalen Sklaverei wurde nicht gedacht. Ihnen blieb jede Entschädigung verwehrt. Der französische Staat agierte ausschließlich im Interesse der PlantagenbesitzerInnen, Haiti hingegen wurde zu einem der ärmsten Länder der Welt. Noch zum 200. Jahrestag seiner Unabhängigkeit 2004 nahm der französische Präsident nicht an den Feierlichkeiten teil, weil Frankreich Angst vor Gegenforderungen Haitis in der Höhe von 20 Milliarden Dollar hatte. Auch im 2001 verabschiedeten Gesetz, das Sklaverei als Verbrechen gegen die Menschlichkeit anerkannte, sah Frankreich keinen Grund die moralischen Verpflichtungen gegenüber den Nachkommen der SklavInnen materiell zu erfüllen.

Entschädigung britischer PlantagenbesitzerInnen nach Marktwert der SklavInnen

In Großbritannien kam es 1833 zur Abschaffung der Sklaverei. Dort übernahm es der britische Staat, den PlantagenbesitzerInnen eine Entschädigung für die 800.000 SklavInnen zu zahlen. Die britische Bürokratie entwickelte detaillierte Methoden,

um den Marktwert der SklavInnen anhand ihrer Produktivität zu bewerten und eine „gerechte“ Entschädigung ihrer EigentümerInnen zu gewährleisten. Auf heutige Verhältnisse umgerechnet erhielten sie durchschnittlich je 30 Millionen Euro.

Gegenfinanziert wurde das mit einer Erhöhung der Steuerlast für die ärmere Mehrheit der britischen Bevölkerung. Noch heute bilden die Nachkommen der großzügig entschädigten PlantagenbesitzerInnen vielfach die besonders mit Finanz- und Immobilienbesitz begüterten britischen Familien. Erhobene Forderungen zur Rückerstattung der damals erhaltenen staatlichen Entschädigungen blieben jedoch ohne Folgen.

Extreme Eigentumsideologie hat keinen Platz für Fairness

Die Entschädigung der kleinen Gruppe von wirtschaftlich mächtigen und politisch einflussreichen SklavInnenhalter wurde durch die Allgemeinheit finanziert. Eine Entschädigung der SklavInnen für das erlittene Unrecht blieb aus. Piketty zeigt, dass der Verzicht auf Entschädigung für die SklavInnenhalter für die Eliten des 19. Jahrhunderts nicht denkbar war. Dies war das Ergebnis einer Ideologie, die das Eigentum in extremer Weise heiligsprach. Hätte man die SklavInnen nicht ausschließlich als zu entschädigendes Eigentum der SklavInnenhalter angesehen, dann wäre wohl das gesamte Ungleichheitsregime im 19. Jahrhundert in Frage gestanden, in dem eine kleine Minderheit wirtschaftlicher Eliten fast das gesamte Vermögen besaß.

DIE MACHT DER KOLONIALREICHE

Zu den ungleichsten Gesellschaften, die sich in der Geschichte ausmachen lassen, zählen auch die SklavInnenhalter- und Kolonialgesellschaften. Die europäische Bevölkerung machte in den Kolonien zwar nur einen kleinen Teil der Gesamtbevölkerung aus, stellte aber die privilegierte Einkommens- und Machtelite. Die Kolonialisten hatten über Jahrzehnte hinweg eine absolute wirtschaftliche Herrschaftsposition inne.

Fremdherrschaft und Ausbeutung hinterließen in den SklavInnen- und Kolonialgesellschaften beträchtliche Ungleichheiten, sowohl innerhalb als auch zwischen den einzelnen Ländern, die bis heute nachwirken.

Die Festschreibung von Ungleichheiten in Indien

Das gilt auch für Indien, dem in Pikettys Analyse der Geschichte der Ungleichheitsregime eine zentrale Rolle zukommt, weil dort Ungleichheit häufig mit dem starren Kastensystem assoziiert wird. Dass jedoch die portugiesischen „Entdecker“ und das britische Empire eine zentrale Rolle in der Festschreibung der Kastenhierarchien spielten, ist hingegen weniger bekannt.

Der Aufstand indischer Soldaten gegen die Kolonialherren wurde 1857/58 von den Briten brutal niedergeschlagen und hat die Kolonialmacht aufgeschreckt. Bis zur Unabhängigkeit 1947 unterstand Indien der direkten Verwaltung und Hoheit der Briten, die sich aber weitgehend auf lokale Eliten stützte. Zur Durchsetzung und Festigung ihrer Macht mussten die Briten die indische Gesellschaft besser verstehen, etwa die verschie-

„Die europäischen Kolonialreiche hatten bis in die 1960er Jahre bestand, diese Form der Herrschaft und resultierende Ungleichheiten wirken bis heute tiefgreifend auf die gegenwärtige Welt.“

Thomas Piketty, Kapital und Ideologie, S.323

denen Systeme von Pacht und Eigentum, zum Zweck der Besteuerung, oder die Eigenheiten von lokalen Eliten und Sozialstrukturen.

Daher führten die Briten ab 1871 alle zehn Jahre eine Volkszählung durch. So wurde auch erhoben, welche Gruppen für Zwangsarbeit herangezogen werden konnten, welche Eliten sich gut als Verbündete eigneten oder wer für die Erfüllung administrativer oder militärischer Aufgaben in Frage kam. Doch das Unterfangen, die indische Gesellschaft im Zuge der Volkszählung zu kategorisieren, erwies sich als schwierig. Die Briten erkannten bald, dass sich die indische Bevölkerung nicht an den vier hierarchischen Gesellschaftsschichten (Varnas) orientierte, die von der traditionellen religiösen Schrift Manusmriti vorgegeben wurden, sondern eher an den Jatis, den Kasten. Diese Kasten waren grundsätzlich nicht hierarchisch organisiert, sondern vielmehr

4

die Grundlage von Solidarität.

Während die erste Volkszählung 1871 noch 3.208 dieser Kasten ermittelte, waren es zehn Jahre später bereits 19.044; eine Kaste zählte durchschnittlich weniger als 20.000 Personen. Die Briten standen vor der Herausforderung, diese Vielzahl an Kasten in übersichtliche, und vor allem in ihnen bekannte Kategorien zusammenzufassen. Daher ordneten sie die Kasten kurzerhand dem hierarchischen, viergliedrigen System des Manusmriti zu: den Brahmanen (Gelehrte), den Kshatriyas (Krieger), den Vaishyas (Bauern, Handwerker, Händler) und den Shudra (Dienende). Damit hat die britische Kolonialmacht dazu beigetragen, dass sich das Kastensystem verfestigte und eine unvorhergesehene und dauerhafte Existenz erhielt.

Heute ist bekannt, dass sich durch die Volkszählungen sowie die Verschriftlichung und Hierarchisierung der Kasten zuvor fließende Grenzen zwischen Gruppen drastisch verfestigten. Vor-

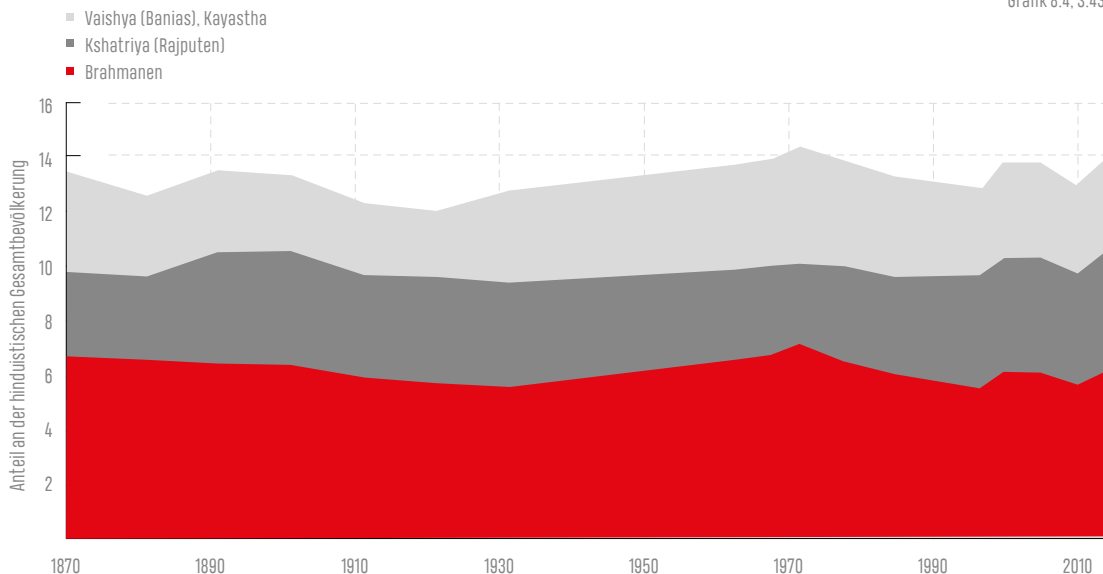
mals unscharf abgegrenzte, lokale Gruppen wurden künstlich in eine Hierarchie gepresst und die vormals fließende, diverse Gesellschaft erstarrte in neu geschaffenen Strukturen.

Positive Diskriminierung

Nach der Unabhängigkeit 1947 führte die Republik Indien eine Politik der „positiven Diskriminierung“ ein, um Ungleichbehandlungen der Vergangenheit zu korrigieren. Für einst diskriminierte Gruppen, etwa die Unberührbaren, sind heute in der Bildung, der öffentlichen Verwaltung und bei politischen Kandidaturen gemäß ihrem Bevölkerungsanteil bis zu 50 % der Plätze vorbehalten. Das führte zu neuen sozialen Spannungen, da sich einst Privilegierte in ihrer Vormachtstellung bedroht sahen. Gleichzeitig deutet für Piketty vieles darauf hin, dass diese Maßnahmen die Ungleichheiten zwischen den einst diskriminierten Kasten und der übrigen Gesellschaft verringerten.

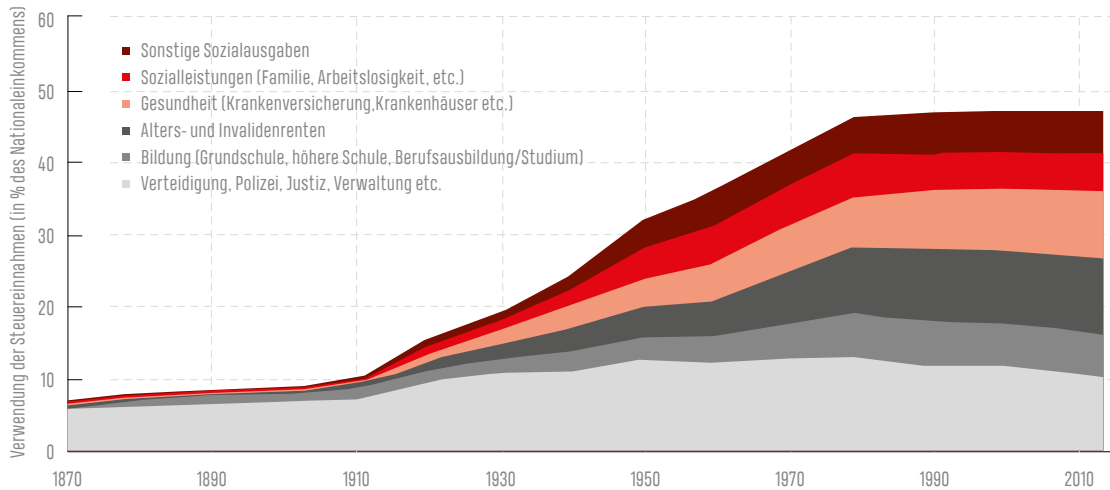
DIE VERFESTIGUNG DER HOHEN KASTEN IN INDIEN, 1871–2014

Die Ergebnisse basieren auf den Volkszählungen der britischen Kolonialherren von 1871 bis 1931 und auf Nachwahlbefragungen (Selbstauskünfte) aus der Zeit zwischen 1962 und 2014. Festzustellen ist, dass die Anteile der in den Kasten registrierten Personen über die Zeit relativ stabil blieben. Nicht berücksichtigt sind andere regionale höhere Kasten wie die Marathen (ungefähr 2 % der Bevölkerung).
Grafik 8.4, S.436



DER AUFSTIEG DER SOZIALSTAATEN IN EUROPA, 1870–2015

Im Jahr 2015 machten die Steuereinnahmen in Westeuropa durchschnittlich 47 % des Nationaleinkommens aus und wurden wie folgt ausgegeben: 10 % für hoheitliche Aufgaben; 6 % für Bildung; 11 % für Renten; 9 % für Gesundheit; 5 % für Sozialtransfers (ohne Renten); 6 % für sonstige Sozialausgaben (Wohnen usw.). Die hier dargestellte Tendenz bezeichnet den Durchschnitt für Deutschland, Frankreich, Großbritannien und Schweden
Grafik 10.15, S. 579



DER SOZIALSTAAT ALS MITTEL GEGEN DIE UNGLEICHHEIT

DER ERFOLGREICHE KAMPF GEGEN UNGLEICHHEITEN

In der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts nahm die Ungleichheit der Einkommen und Vermögen in Europa und den USA deutlich ab: Der Anteil der obersten 10 % lag bis zum Ausbruch des Ersten Weltkriegs bei den Einkommen bei etwa 50 % und ging bis 1945 auf rund 30 % zurück. Auch bei den Vermögen ging der Anteil der obersten 10 % von ungefähr 90 % zu Beginn des 20. Jahrhunderts auf rund 50-55 % nach dem Zweiten Weltkrieg zurück. Weite Teile des 20. Jahrhunderts bildeten also die große Ausnahme im historischen Trend in Richtung mehr Ungleichheit.

Die Krise der Eigentumsgesellschaft...

Oft wird argumentiert, dass die materiellen Zerstörungen durch die beiden Kriege wesentlich zur größeren Gleichheit beigetragen haben. Piketty zeigt allerdings, dass diese Erklärung viel zu kurz greift: Erst Umbrüche in den politisch-ideologischen Bedingungen ermöglichten diese historische Wende. Die weltweiten Konflikte, die russische Revolution und die Wirtschaftskrise der 1930er Jahre veränderten die Einstellungen der Mehrheit zu privatem Eigentum und Märkten. Sozialdemokratische bzw. sozialistische Ideen

„Das Ende der Eigentümergesellschaften war in erster Linie die Folge einer politisch-ideologischen Transformation. Die Überlegungen und Debatten zum Thema soziale Gerechtigkeit, zur progressiven Besteuerung und Umverteilung von Einkommen und Besitz, die bereits im 18. Jahrhundert und während der Französischen Revolution eine große Rolle gespielt hatten, wurden in den meisten Ländern ab Ende des 19. Jahrhunderts mit neuer Intensität aufgenommen.“

Thomas Piketty, Kapital und Ideologie, S.590

finden mehr Zuspruch. In dieser polit-ökonomischen Konstellation schlugen die maßgeblichen politischen Kräfte neue Wege vor, wie den „New Deal“ in den USA und den Ausbau von Sozialstaaten in Europa.

... und Aufstieg des Steuer- und Sozialstaates

Ziel dieser Politiken war mehr soziale Gerechtigkeit. Einerseits kam es zu - heute kaum mehr vorstellbaren - Enteignungen und Verstaatlichungen sowie politischen Entscheidungen, die darauf abzielten die Machtposition von EigentümerInnen in der Gesellschaft zu reduzieren (z.B. Maßnahmen zur Regulierung der Immobilien- und Finanzmärkte oder Ausbau der Mitbestimmung der Beschäftigten in Betrieben). Zentral war auch die Einführung eines progressiven Steuersystems mit Spitzensteuersätzen auf Einkommen von bis zu 70 %. Steuern wurden als ein wesentlicher Beitrag zu Modernisierung und Entwicklung erachtet.

Auf der Ausgabenseite setzte sich die Idee durch, dass ein gut ausgebauter Sozialstaat zu mehr Gleichheit in der Gesellschaft führen kann. Bis vor dem 1. Weltkrieg konzentrierten sich die staatlichen Ausgaben v.a. auf die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung (Armee, Polizei, Justiz, Verwaltung). Nach dem 1. Weltkrieg führten immer mehr Länder staatliche Sozial- und Gesundheitssysteme ein, die mit höheren Steuer-

einnahmen finanziert wurden. Die größten Ausgabenbereiche bildeten die Gesundheits- und Pensionsausgaben, aber auch der breite Zugang zu Bildung und Qualifikation am Arbeitsmarkt rückte in den Fokus der Politik.

Für Piketty ist diese Phase das „Zeitalter der sozialdemokratischen Gesellschaften“. Schweden gilt als das sozialdemokratische Land par excellence und hat das Ziel einer möglichst gleichen Gesellschaft am gründlichsten in die politische Realität umgesetzt. Bis zu den zahlreichen Reformen Anfang des 20. Jahrhunderts war Schweden ein höchst ungleiches Land. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde das Land maßgeblich von der viele Jahrzehnte regierenden Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Schwedens geprägt. Infolge ihrer Sozial- und Wirtschaftspolitik wurde Schweden zu einem Staat mit einer der weltweit geringsten sozialen Ungleichheit und einem umfassend ausgebauten Sozialstaat. Auch in Hinblick auf die betriebliche Mitbestimmung gilt Schweden bis heute als Vorzeigeland.

Aber auch andere Länder in Westeuropa setzten ähnliche Politiken für mehr soziale Gleichheit um. Dazu beigetragen haben von Staat zu Staat unterschiedlich ausgestaltete Mischsysteme aus Verstaatlichungen, Ausbau von öffentlichen Bildungs-, Gesundheits- und Pensionssystemen sowie die progressive Besteuerung von Einkommen und Vermögen.

DER ERFOLG DES NEOLIBERALISMUS

DER HYPERKAPITALISMUS UND DIE RÜCKKEHR DER UNGLEICHHEIT

„Wenn man die Menschen glauben macht, zu den bestehenden sozio-ökonomischen Verhältnissen und Klassenungleichheiten gebe es keine glaubwürdige Alternative, dann ist es kein Wunder, dass alle Hoffnung auf Veränderung sich auf die Feier der Grenze und der Identität verlagert.“

Thomas Piketty, Kapital und Ideologie, S.1186

Die 1980er Jahre bringen eine Trendwende: Kürzungen im Sozialstaat im Zuge der neoliberalen Sparpolitik bringen weltweit einen Wiederanstieg der Ungleichheit. Auf die sozialdemokratische Gesellschaft folgt der Neoproprietarismus.

Ideologische Kehrtwende

Piketty deutet das als eine Kehrtwende der Politik: Weg von den sozialdemokratischen Gesellschaften mit gut ausgebauten Sozialstaaten hin zu individualistischen Gesellschaften. Der Rückzug des Staates zeigt sich etwa bei Steuersenkungen für obere Einkommensgruppen und Vermögende sowie in der

Spardoktrin für öffentliche Haushalte. In der Ideologie des Hyperkapitalismus werden GewinnerInnen glorifiziert und VerliererInnen stigmatisiert, weil es diesen angeblich an Fleiß oder Verdienst fehlt. Umverteilung wird abgelehnt, um die „Büchse der Pandora“ nicht zu öffnen. Der freie Kapitalverkehr ohne Regulierung, Informationsaustausch und gemeinsame Steuern wird als alternativlos dargestellt.

Das auch heute oft verwendete Argument der Alternativlosigkeit neoliberaler Politik ist die ideologische Fundierung der global wachsenden Ungleichheit. In Europa und den USA steigt die Einkommensungleichheit, die im 20. Jahrhundert stark zurückgegangen waren, wieder signifikant an. Auch bei den Vermögen wird die Spaltung zwischen den Reichen und dem Rest der Gesellschaft wieder größer: Der Anteil der reichsten 10 % am gesamten Privatvermögen lag 2018 in Europa bei 55 %, in den USA sogar bei 74 %. Diese große Ungleichheit hat Auswirkungen auf das politische System: Das Vertrauen der unteren und mittleren Schichten in das Wirtschaftssystem und die politischen Eliten wird ausgehöhlt.

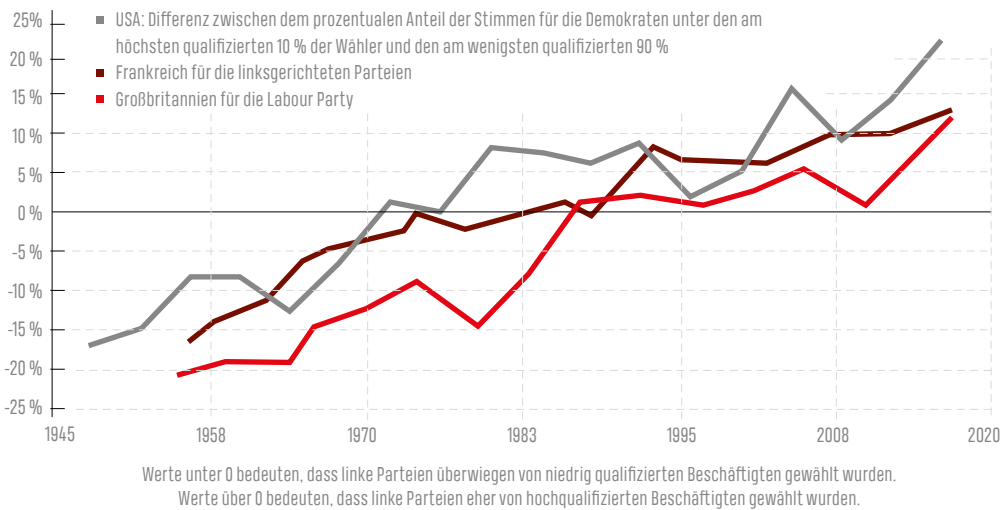
Die Krise der Sozialdemokratie

Die Melange aus neoproprietärer Ideologie und

WAHLERGEBNISSE LINKSGERICHTETER PARTEIEN 1945–2020

In den 1950er bis 1970er Jahren ließ sich die Abstimmung für die Demokraten in den Vereinigten Staaten, für die linksgerichteten Parteien (Sozialisten, Kommunisten, Radikale, Grüne) in Frankreich und für die Labour Party in Großbritannien mit WählerInnen mit dem niedrigsten Bildungs-, Einkommens- und Vermögensniveau in Verbindung bringen; in den 1990er bis 2010er Jahren hat sich eine Verbindung zu den am höchsten qualifizierten WählerInnen entwickelt.

Grafik 14.2, S.907



wachsender Ungleichheit brachte sozialdemokratische Parteien unter Druck. Piketty zeigt, dass die Krise der Sozialdemokratie und linker Parteien auch hausgemacht ist, da die erfolgreiche programmatische Ausrichtung der Nachkriegszeit nicht aktualisiert wurde. Bei allen nationalen Unterschieden nennt er das Umdenken bei Fragen der Besteuerung von Einkommen und Vermögen, die aktive Unterstützung von Deregulierungen sowie den geringen Widerstand gegen die Steuerflucht als Beispiele.

Als einen Grund sieht Piketty Veränderungen in der WählerInnenschaft: Während zwischen 1950 und 1980 ArbeiterInnen und formal eher schlecht Ausgebildete sozialdemokratische Parteien wählten, waren es ab den 1980er Jahren zu immer größeren Teilen formal gut Ausgebildete mit höherem Einkommen. Sozialdemokratische und linke Parteien wandelten sich von ArbeiterInnenparteien zu AkademikerInnenparteien. Das hat für Piketty zwei Gründe: Der Bildungsaufstieg für große Teile der Gesellschaft erfüllte sich nicht für alle Menschen, worauf sich enttäuschte Gruppen von der Sozialdemokratie abwandten. Aber auch BildungsgewinnerInnen entfernten sich ideolo-

gisch von ihrer sozialen Herkunft in dem sie ihren sozialen Aufstieg als Zeichen von individuellem Fleiß und persönlicher Intelligenz einordnen.

Die brahmanische Linke

Im Zuge der Akademisierung ihrer WählerInnenenschaft distanzieren sich sozialdemokratische Parteien inhaltlich immer weiter von den Interessen der ArbeiterInnen. Piketty nennt diese neue ausgerichtete Sozialdemokratie auch „brahmanische Linke“. Ähnlich wie die „kaufmännische Rechte“ hinterfragt diese das kapitalistische Wirtschaftssystem sowie Umfang und Auswirkungen der Globalisierung nicht. Grundsätzliche Fragen nach Mitbestimmung und Umverteilung stehen nicht mehr auf der Agenda. Dieser ideologische Wandel sozialdemokratischer und linker Parteien erklärt für Piketty, dass sich immer mehr ArbeiterInnen und formal schlecht Ausgebildete von sozialnativistischen und rechtspopulistischen Ideen angesprochen fühlen. Piketty sieht darin auch die Grundlage für die Wahlerfolge von Donald Trump oder Marie Le Pen sowie für die schlussendlich erfolgreiche Politik der Konservativen in Großbritannien im Zuge des Brexit.

PARTIZIPATIVER SOZIALISMUS ALS WEG ZU EINER GERECHTEN GESELLSCHAFT

Der Wiederanstieg der Ungleichheit am Beginn des 21. Jahrhunderts ist für Piketty neben der Klimaerwärmung eine der zentralen Herausforderungen unserer Zeit. Weil mit dem Scheitern des real existierenden Sozialismus auch die breiten Debatten über Alternativen zum vorherrschenden Kapitalismus endeten, entwirft Piketty mit der Idee des partizipativen Sozialismus ein Modell für eine gleichere Gesellschaft. Er sieht das als Antwort auf die schrankenlose Deregulierung konservativer Regierungen im Neoproprietarismus.

Treiber der Ungleichheit

Auf Basis des umfassenden Datenmaterials ermittelt Piketty zwei zentrale Faktoren für die ansteigende Einkommensungleichheit. Die stark anwachsende Vermögenskonzentration erhöht auch die daraus lukrierten Einkommen (Zinsen, Dividenden, Mieteinnahmen, etc.). Diese Vermögenseinkommen trugen auch schon in der Belle Époque (1880-1914) dazu bei, dass die Spitze der gesellschaftlichen Hierarchie mehr und mehr Einkommen auf sich konzentrierte. Im Neoproprietarismus kommen als zweiter Punkt die explodierenden Vergütungen für ManagerInnen hinzu.

Der Abbau von politischen Beschränkungen für den internationalen Kapitalverkehr und die vielen neuen Möglichkeiten zur Verschleierung von Vermögen in Steuersümpfen steigern die Vermögenskonzentration. Es fehlt für Piketty der politische Wille für mehr Transparenz und Regulierung. Das führt zu der paradoxen Situation, dass die Daten zur Vermögensungleichheit im 21. Jahrhundert – trotz Big

„Die ganze Geschichte der Ungleichheitsregime beweist, dass es vor allem soziale oder politische Mobilisierungen und konkret unternommene Versuche sind, die historische Veränderungen möglich machen.“

Thomas Piketty, Kapital und Ideologie, S.1187

Data – deutlich ungenauer werden. Mit Blick auf die teils gewaltigen Ungleichheiten beim Zugang zu höherer Bildung hat die Politik jeden egalitären Anspruch verloren und es drohen soziale Spannungen aufgrund wachsender Perspektivlosigkeit. Piketty fasst das zusammen: „Dabei vergisst man oft, dass sich die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Erfolge der kapitalistischen Länder im 20. Jahrhundert ehrgeizigen und überwiegend erfolgreichen politischen Maßnahmen zur Reduzierung der Ungleichheiten verdanken [...]“ (S.851).

Der partizipative Sozialismus

Piketty stößt diese Debatte neu an und baut darauf seine Ziele für eine gerechte Gesellschaft auf. Diese soll allen Menschen den Zugang zu Grundgütern wie Bildung, Gesundheitsversorgung und einer umfassenden Teilhabe am sozialen, kulturellen, ökonomischen und politischen Leben ermöglichen. Sie soll auch den am wenigsten begünstigten Mitgliedern die bestmöglichen Lebensbedingungen bieten. Dafür braucht es grundlegende Veränderungen, die er

7

in dem Konzept für einen “partizipativen Sozialismus” zusammenfasst.

Dieser rückt die Mitbestimmung und Teilhabe in den Mittelpunkt und fordert sowohl die Stärkung von gesellschaftlichem Eigentum (Sozialeigentum) sowie eine radikale Umverteilung von Privatvermögen, um das Ziel einer gerechteren und ökologisch nachhaltigeren Gesellschaft zu erreichen.

Eine gerechte Gesellschaft ist möglich

Piketty beschreibt vier zentrale Ansatzpunkte für die Verwirklichung des partizipativen Sozialismus. Bildung ist für Piketty der zentrale Schlüssel für ein gutes Leben und soziale Absicherung. Deshalb formuliert er Vorschläge für mehr Bildungsgerechtigkeit und kritisiert die Förderung der ohnehin schon bevorzugten Bildungseliten.

Der wachsenden Ungleichheit bei den Vermögen und dem über Generationen hinweg vererbten Privateigentum setzt der partizipative Sozialismus die

Idee des Eigentums auf Zeit gegenüber. Mit einer progressiven Besteuerung von Erbschaften und Vermögen soll die Vermögenskonzentration deutlich reduziert werden. Damit geben Vermögende einen Teil an die Gesellschaft zurück, deren öffentliche Strukturen den Vermögensaufbau erst ermöglicht haben. Als dritten Punkt für mehr Gerechtigkeit fordert Piketty den Ausbau der betrieblichen Mitbestimmung von ArbeitnehmerInnen, damit Unternehmensentscheidungen die Interessen der Gesellschaft und der Beschäftigten stärker berücksichtigen und die Explosion der Managementgehälter gebremst wird. Das vierte Element des partizipativen Sozialismus ist die Entwicklung von entscheidungsfähigen transnationalen politischen Strukturen. Piketty sieht viele der aufgeworfenen Probleme nur durch internationale Kooperationen lösbar und schlägt daher im ersten Schritt die Bildung von transnationalen Gremien von Staaten vor, die an Lösungen für mehr Gerechtigkeit interessiert sind.

ELEMENTE DES PARTIZIPATIVEN SOZIALISMUS

Elemente des partizipativen Sozialismus



Bildungsgerechtigkeit

gleiche Chancen für alle und gerechte Mittelverteilung im Bildungssystem

Abbau von Ungleichheiten

Eigentum auf Zeit, progressive Besteuerung von Erbschaften und Vermögen, Ausbau öffentlicher Strukturen

Mitbestimmung

Ausbau der betrieblichen Mitbestimmung zur Durchsetzung gesellschaftlicher Interessen in der Wirtschaft

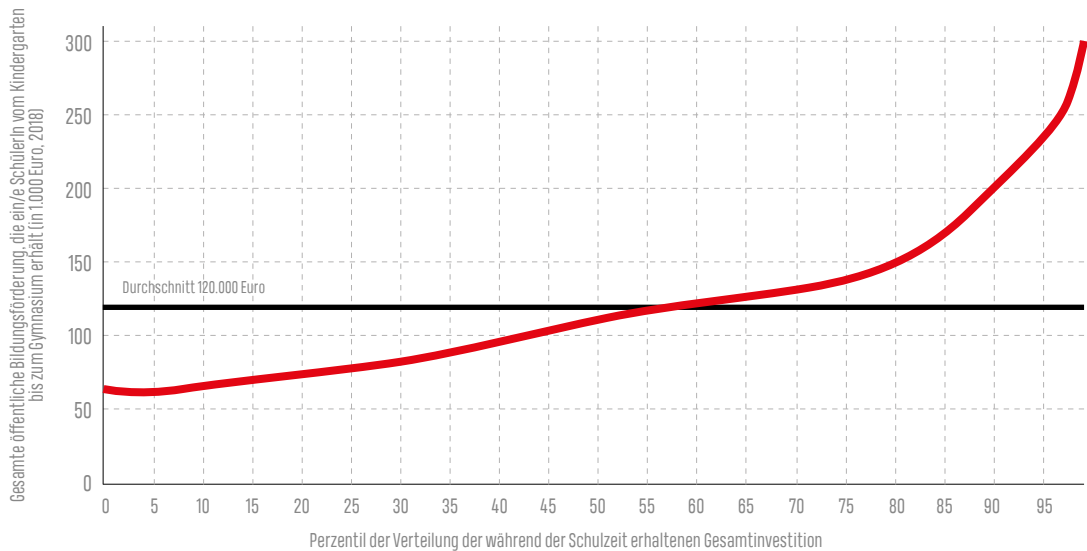
Transnationale Politik

Entwicklung von entscheidungsfähigen transnationalen politischen Strukturen für mehr Gerechtigkeit

DIE UNGLEICHHEIT DER BILDUNGSFÖRDERUNG IN FRANKREICH (2018)

Öffentliche Bildungsförderung vom Kindergarten bis zum Gymnasium für Schülerinnen und Schüler der Generation, die im Jahr 2018 20 Jahre alt geworden ist, beträgt im Durchschnitt rund 120.000 Euro (15 Schuljahre bei durchschnittlichen Kosten von 8.000 Euro pro Jahr). Die 10 % der SchülerInnen, die von der öffentlichen Bildungsförderung am wenigsten profitierten, erhielten 65.000 bis 70.000 Euro während auf die 10 %, die von der öffentlichen Bildungsförderung am meisten profitierten, zwischen 200.000 und 300.000 Euro entfielen.

Grafik 17.1, S.1239



GLEICHE BILDUNGSCHANCEN FÜR ALLE

MEHR TRANSPARENZ UND BILDUNGSGERECHTIGKEIT

Es ist allgemein bekannt, dass die Bildungsexpansion im 20. Jahrhundert zu gesellschaftlichem Fortschritt führte. Piketty zeigt in seinem Buch allerdings auch Fehlentwicklungen auf und fordert radikale Reformen für mehr Bildungsgerechtigkeit.

Frankreichs Schulsystem bremst die soziale Durchmischung

Das vermeintlich egalitäre Bildungssystem in seinem Herkunftsland Frankreich sei, so Piketty, eine Heuchelei. Ein Großteil der staatlichen Mittel kommt weiter den sozial begünstigten Schulen

zu. Auch die soziale Durchmischung gelingt in den Schulen kaum. Dies liegt u.a. an den Mechanismen der Schulzuweisung und an der großen Beliebtheit von Privatschulen, die ärmere Kinder systematisch ausschließen. Privatschulen erhalten darüber hinaus häufig beträchtliche öffentliche Zuwendungen. Es fehlt also auch an Transparenz bei der Mittelzuteilung.

Rückläufige Bildungsausgaben

Die rückläufigen Ausgaben für Bildung in Frankreich treffen besonders die breite Bevölkerung, die

„Alle Studien zeigen, dass es frühzeitige Investitionen sind, insbesondere in der Primarstufe und Sekundarstufe I, die am ehesten Ungleichheiten des schulischen Erfolgs von Kindern unterschiedlicher sozialer Herkunft zu korrigieren vermögen.“

Thomas Piketty, Kapital und Ideologie, S.1244

sich immer weniger Mittel teilen muss. Gleichzeitig bleiben die verwendeten Mittel für elitäre und selektive Studiengänge gleich. Dadurch werden Studierende aus reicheren Schichten bevorzugt und die Reproduktion von Eliten verstärkt. Diese Tendenz zeigt die Graphik, die die Verteilung der gesamten öffentlichen Bildungsausgaben in Frankreich darlegt. Die Ausgaben für die Elite, die teure Vorbereitungsklassen („Classes préparatoires“) und elitäre Studiengänge besucht, belaufen sich auf bis zu 300.000 Euro pro SchülerIn. Diese Ausgaben sind mehr als viermal so hoch wie die Ausgaben für die unteren 10 %, die in der Tendenz nur die Pflichtschule besuchen.

Private Hochschulsysteme verstärken Bildungsungleichheit

Piketty zieht auch das Beispiel der USA heran. Hier wird die sehr große Ungleichheit im privaten Hochschulsystem besonders deutlich. Das enorme Stiftungsvermögen der privaten Universitäten steht den Finanzierungsproblemen ärmerer Universitäten gegenüber. Kinder des reichsten Zehntels haben eine dreimal so hohe Wahrscheinlichkeit an den privaten Elite-Universitäten zu studieren wie Kinder des ärmsten Zehntels. Die meritokratische Erzählung, dass man mit genug Anstrengung zum (Bildungs-) Erfolg kommt, bleibt ein Märchen.

Radikale Reformen sind notwendig

Piketty fordert daher gezielte Maßnahmen zur Herstellung gleicher Bildungschancen. Über eine transparente Mittelzuteilung und durchdachte Methoden bei der Schulzuweisung für Schulen und andere Bildungseinrichtungen kann die soziale Durchmischung gefördert werden. Soziale Quoten bei Zugangsbeschränkungen sollten neben den schulischen Leistungen auch das Einkommen der Eltern oder zuvor besuchte Schulen berücksichtigen.

Piketty denkt auch über ein Recht aller BürgerInnen auf dieselben finanziellen Bildungszuwendungen nach. Diese könnten auch nach dem ersten Bildungsweg in Anspruch genommen werden und für Weiterbildungen oder Umschulungen genutzt werden.

Mit Blick auf die universitäre Landschaft in den USA spricht sich Piketty weiters für eine progressive Besteuerung von Stiftungskapital von Universitäten aus. Mit diesen Einnahmen könnte ein Unterstützungsfonds für ärmere Universitäten geschaffen werden, der die Bildungschancen der Studierenden von ihrer Herkunft entkoppelt. Ebenso braucht es Aufnahmeverfahren, die einer staatlichen Regulierung unterliegen, um Transparenz zu schaffen und Diskriminierungen vorzubeugen.

STEUERGERECHTIGKEIT

ÜBERREICHTUM DURCH STEUERN VERHINDERN

„Diese Vorschläge mögen radikal anmuten. Ich möchte aber betonen, dass sie tatsächlich in einer Tradition stehen, die im ausgehenden 19. Jahrhundert [...] begonnen hat.“

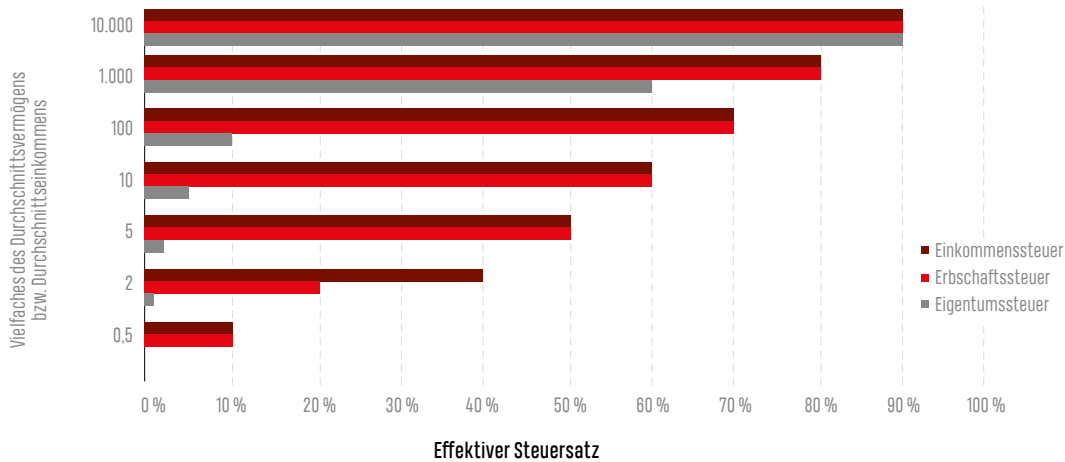
Thomas Piketty, Kapital und Ideologie, S.1214

Für Piketty ist ein gerechtes Steuersystem eine entscheidende Bedingung für die Reduktion von Ungleichheiten. Er schlägt dazu die progressive Besteuerung von Einkommen, Erbschaften und Eigentum (Vermögen) vor. Die Einkommensteuer umfasst alle Einkommensarten (von Kapital- bis Arbeitseinkommen) und enthält Sozialversicherungsabgaben sowie eine CO₂-Steuer. Streichen würde Piketty dafür die indirekten Steuern, wie etwa die Umsatzsteuer oder die Mineralölsteuer, weil sie Menschen mit niedrigem Einkommen stärker belasten. Dieser Mix aus Steuern soll einerseits exzessiven Reichtum verhindern und gleichzeitig die Idee von "Eigentum auf Zeit" fördern. Damit meint Piketty, die Vermö-

gensübertragung über Steuern von den Reichsten an die Allgemeinheit, damit das Vermögen zirkuliert und die Konzentration des Privateigentums und der wirtschaftlichen Macht abnimmt (S.621).

Eine Gesellschaft ohne MilliardärInnen

Piketty entwirft konkrete Vorschläge und nennt auch Steuersätze. Gleichzeitig betont er, dass deren Höhe eine umfassende gesellschaftliche und demokratische Diskussion erfordert. Der zu entrichtende Steuerbeitrag ergibt sich bei Piketty aus dem Verhältnis des Eigentums- oder Erbschaftswerts bzw. des Einkommens zum jeweiligen Durchschnitt in der Bevölkerung. Ein Beispiel: Der (effektive) Steuersatz liegt bei 0,1 % für Eigentum unterhalb des Durchschnittsvermögens, danach steigt er schrittweise auf 1 % beim Doppelten, 10 % beim 100-fachen, 60 % beim 1.000-fachen und 90 % beim 10.000-fachen des Durchschnitts an. Eine so ausgestaltete Eigentumssteuer würde in Österreich bei einem durchschnittlichen Vermögen von 250.000 Euro bedeuten, dass Menschen mit 500.000 Euro Vermögen 5.000 Euro Steuern zahlen und Menschen mit einem Vermögen von 2,5 Milliarden Euro nach Steuern im-



mer noch 250 Millionen Euro hätten.

Die Konzentration der Vermögen am oberen Ende könnte mit diesen Steuern rasch und deutlich reduziert werden. Der vorgeschlagene Steuermix orientiert sich an historischen Beispielen der Nachkriegszeit. Denn ähnliche Steuersätze wurden ausgerechnet in den wirtschaftsliberalen Ländern USA und Großbritannien in Zeiten einer dynamischen Wirtschaftsentwicklung auf Erbschaften und Einkommen angewandt. Eine Eigentumssteuer - das Kernstück zur Reduktion der Vermögenskonzentration - wurde in dieser Dimension hingegen noch nirgendwo erprobt. Dabei betont Piketty, dass natürlich auch geringere Steuersätze dienlich seien und die Ausgestaltung eine kollektive Beschlussfassung durch die Gesellschaft erfordert. Sinnvoll seien aber Sätze von mindestens 5 bis 10 %, da die großen Vermögen jährlich um 6 bis 8 % wachsen.

Eine Grunderbschaft für alle

Folgt man Pikettys grober Berechnung für Hocheinkommensländer, sollen Eigentums- und Erbschaftsteuer gemeinsam rund 5 % der Wirtschaftsleistung einbringen, die Einkommensteuer etwa 45 %. Die

resultierende Abgabenquote von 50 % liegt etwa 10 Prozentpunkte über dem derzeitigen Durchschnitt der OECD-Länder. Das ermöglicht aber den Ausbau des Sozialstaats und auch die Finanzierung einer Grunderbschaft für alle. Nach Piketty soll jede Person zum 25. Geburtstag eine Eigentumsausstattung in der Höhe von 60% des Durchschnittsvermögens erhalten. In Österreich läge eine solche Kapitalausstattung bei etwa 150.000 Euro. Über die Grunderbschaft sollen die Hürden der Teilhabe am wirtschaftlichen und sozialen Leben abgebaut werden: „Das eröffnet neue Chancen, eine Wohnung zu finden oder ein Gründungsprojekt zu finanzieren. [...] Und es spricht alles dafür, dass dies der sozialen und ökonomischen Dynamik nur zugutekommen kann“ (S. 1207f).

Denn heute besitzen die meisten Menschen kaum Vermögen, während wenige über unvorstellbar hohes Vermögen verfügen. Ähnliches gilt für Erbschaften: die Mehrheit erbt kaum etwas, während Wenige sehr hohe Erbschaften erhalten. Mit Pikettys Steuervorschlägen würde man diese Schieflage rasch ausgleichen.

ÖKONOMISCHE MACHT GERECHTER VERTEILEN

Wie kann man gerechte Eigentumsverhältnisse organisieren? Für Piketty ist das eine der zentralen Fragen auf dem Weg zu einem partizipativen Sozialismus als neuer Gesellschaftsordnung. Es geht für ihn darum, die Konzentration wirtschaftlicher Macht in den Händen einiger weniger KapitaleigentümerInnen zu überwinden.

Im ungebremsten Kapitalismus führen EigentümerInnen von Finanzkapital Unternehmen nach dem Prinzip „eine Aktie, eine Stimme“ alleine. Die Analyse von Piketty zeigt, dass die Einschränkung der Macht der EigentümerInnen sowohl für die Unternehmen als auch für die Allgemeinheit bessere Ergebnisse bringt. Umgesetzt wird das üblicherweise durch Bestimmungen im Arbeits- und Sozialrecht zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen und Löhne sowie über die verpflichtende Beteiligung von VertreterInnen der ArbeitnehmerInnen in der Unternehmensführung.

Eigentumsverhältnisse in Frage stellen - Mehr Stimmrechte für ArbeiterInnen

Piketty schlägt einen Ausbau der betrieblichen Mitbestimmung vor und orientiert sich an Erfahrungen aus Deutschland und Schweden, die ähnliche Modelle wie Österreich umgesetzt haben und geht noch einen Schritt weiter als es derzeit in der Praxis der Fall ist. Er schlägt die Ausweitung der Mitbestimmung für ArbeitnehmerInnen durch ein Stimmrecht von zumindest 50 % in den Verwaltungs- und Vorstandsgremien, unabhängig von der Unternehmensgröße, vor. Damit wären Beschäftigte bei allen

„Dekonzentration des Eigentums und Höchststimmrecht für Großaktionäre sind die beiden nächstliegenden Formen, einen Schritt über das deutsche und nordeuropäische Mitbestimmungsmodell hinauszugehen.“

Thomas Piketty, Kapital und Ideologie, S.1197

strategischen Entscheidungen des Unternehmens eingebunden. Von der Ernennung und Abberufung des Vorstands bis zur Genehmigung des Jahresabschlusses hätten VertreterInnen der ArbeitnehmerInnen Zugang zu denselben Dokumenten wie die gewählten VertreterInnen der AktionärInnen. Außerdem soll das Stimmrecht großer AktionärInnen beschränkt werden. Ein Höchststimmrecht im Ausmaß von 10 % sieht Piketty genauso als Möglichkeit, wie eine Staffelung nach Unternehmensgröße: etwa auf maximal 90 % bei Unternehmen mit weniger als 10 MitarbeiterInnen und auf maximal 10 % bei Unternehmen mit mehr als 100 MitarbeiterInnen.

Mitbestimmung und wirtschaftlicher Erfolg

Solche Maßnahmen beschneiden die Macht des Finanzsektors auf Unternehmensentscheidungen und stärken langfristig die Position von ArbeitnehmerInnen gegenüber AktionärInnen. Sie sind die

10

Grundlage für ein Wirtschaftsmodell, das entsprechend den Erfahrungen in Deutschland und Nordeuropa produktiver und weniger ungleich ist, als andere bisher erprobte Formen. Betriebliche Mitbestimmung führt zu einem Interessenausgleich in unternehmenspolitischen Entscheidungen und rückt langfristige Strategien in den Mittelpunkt der Überlegungen. Piketty sieht in der ArbeitnehmerInnenmitbestimmung auch das Potential die Un-

gleichheit der Löhne zu verringern.

Piketty steht aber auch anderen Formen zum Ausbau der Mitbestimmung über Genossenschaften oder in Stiftungen offen gegenüber. Für ihn ist klar, dass es mehr als einen Weg gibt, um den Kapitalismus mittels Sozialeigentum und Aufteilung von Macht und Stimmrechten in Unternehmen zu zähmen und vielleicht sogar über ihn hinaus zu gehen.

VORTEILE BETRIEBLICHER MITBESTIMMUNG

„Interessenausgleich bei wichtigen Unternehmensentscheidungen“

„Fokus auf langfristigen Erfolg statt auf kurzfristige Gewinne“

„Reduktion der Ungleichheit zwischen Löhnen und Manager-Boni“

DIE PARLAMETARISCHE EUROPÄISCHE UNION ALS NEUE TRANSNATIONALE ORGANISATION

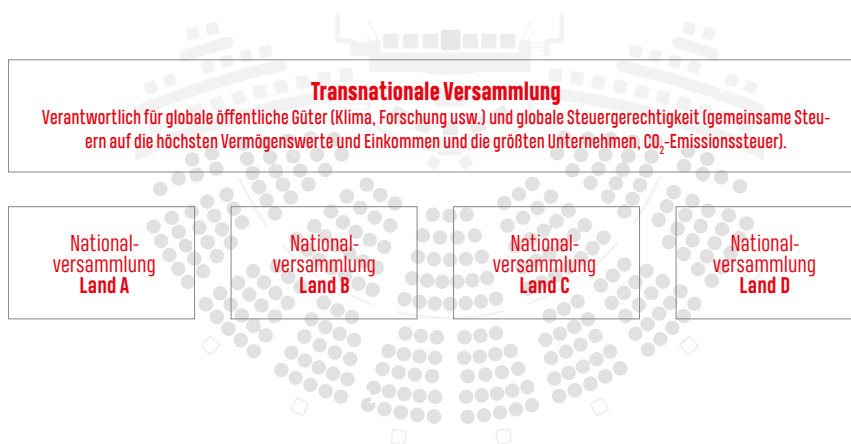
Die heutige Weltordnung beruht auf Grundannahmen, die einem sehr spezifischen politisch-ideologischem Regime entsprechen: Wir legen großen Wert auf Freiheiten zwischen Ländern, in Bezug auf den Güter-, Dienstleistungs- und Kapitalverkehr, bestehen aber bei Entscheidungen über das Steuer-, Sozial- und Rechtssystem auf nationale Unabhängigkeit. Daraus ergeben sich Widersprüche, die immer deutlicher werden. Am offensichtlichsten wird das beim globalisierten Güter- und Warenverkehr, der es den Ländern erschwert, ihre Steuerpolitik selbst zu bestimmen. Aus dem gefährlichen Steuerwett-

bewerb nach unten folgt, dass Einnahmen für die Bewältigung globaler Herausforderungen, wie dem Klimawandel fehlen.

In seiner Rolle als Ideengeber schlägt Piketty daher ein neues sozialföderalistisches System vor: Eine transnationale Versammlung könnte Entscheidungen über den Umgang mit globalen Gemeinschaftsgütern wie Klima, Forschung oder globaler Besteuerung treffen. Diese Versammlung ist mit einem Mandat zur Erhebung gemeinsamer Steuern auf die höchsten Einkommen und Vermögen, die Gewinne der größten Unternehmen und auf CO₂-Emissionen

11

EINE NEUE WELTORGANISATION: DIE TRANSNATIONALE DEMOKRATIE



Anmerkung: Bei den Ländern A, B, C, D kann es sich um Staaten wie Frankreich, Deutschland, Italien, Spanien usw. handeln, in diesem Fall wäre die transnationale Versammlung die Europäische Versammlung; oder die Länder A, B usw. können regionale Vereinigungen wie die Europäische Union, die Afrikanische Union usw. darstellen, in diesem Fall wäre die transnationale Versammlung die einer Vereinigten Europäisch-Afrikanischen Union. Die transnationale Versammlung kann sich aus Stellvertretern der nationalen Versammlungen und / oder speziell für diesen Zweck gewählten transnationalen Stellvertretern zusammensetzen.

Tabelle 17.2, S.1261

„Zu den offenkundigsten Widersprüchen des heutigen Systems zählt, dass der freie Güter- und Warenverkehr auf eine Weise geordnet ist, die es den Staaten erheblich erschwert, ihre Steuerpolitik und Sozialpolitik selbst zu bestimmen.“

Thomas Piketty, Kapital und Ideologie, S.1256

ausgestattet. Zunächst sollte ein solches System auf EU-Ebene etabliert werden, um es dann auf globaler Ebene umzusetzen. Piketty will mit diesem Vorschlag die Handlungsmacht der Politik gegenüber den transnationalen Konzerninteressen wieder stärken.

Die Parlamentarische Europäische Union (PEU) und ihre Aufgaben

Eine Neuaufstellung der europäischen Institutionen erscheint derzeit vielen als unvermeidbar, dazu bräuchte es aber neue europäische Verträge. Pikettys Vorschlag zur Reform der EU sieht hingegen eine europäische parlamentarische Souveränität auf Grundlage unabhängiger nationaler Parlamente vor. Er nennt das die Parlamentarische Europäische Union (PEU). Dazu rufen entschlossene Länder eine europäische Versammlung ins Leben, die sich zu 80 % aus Abgeordneten der nationalen Parlamente und zu 20 % aus Abgeordneten des Europaparlaments zusammensetzt. Im Vergleich zu anderen Reformvorschlägen hat diese Lösung den Vorteil, dass eine solche Versammlung und ein entsprechender Vertrag ohne Veränderung bestehender europäischer Verträge beschlossen werden kann. So gut es wäre, wenn die großen Länder, Deutschland, Italien, Frankreich und Spanien, dieser Versammlung beitreten würden - nichts hindert Piketty zufolge eine kleine Zahl von Ländern daran, voranzugehen.

Die PEU hätte das Mandat, Gemeinschaftssteuern zu erheben (auf sehr große Vermögen und hohe Einkommen, eine gemeinsame CO₂- und Körperschaftsteuer) und die Einnahmen daraus für Investitionen in die Energiewende, Forschung und Bildung zu verwenden. Über die PEU können Staatsschulden ganz oder zum Teil in einem Refinanzierungsfonds

vergemeinschaftet werden. Jedes Jahr, bei Fälligkeit der Schulden, wird entschieden, welcher Anteil durch Ausgabe gemeinsamer Schulden refinanziert wird. Über spezifische Maßnahmen - beispielsweise progressive Sonderabgaben auf hohe Privatvermögen - kann die PEU die Schuldentilgung aber auch beschleunigen.

In Summe ermöglicht die PEU einem Kern entschlossener europäischer Länder, den Weg hin zu einer gestärkten politischen und fiskalischen Union einzuschlagen. Die Gründungsländer der EU sind zunächst Mitglied bei der EU und der PEU. Wenn die gestärkte Union funktioniert und das europäische Defizit an Steuer-, Sozial- und Klimagerechtigkeit abbauen kann, werden, so Pikettys Vision, wohl immer mehr Mitgliedsstaaten folgen.

Eine neue Weltorganisation: die transnationale Demokratie

Zudem könnte dieses Modell auch auf die globale Ebene umgelegt werden: Eine transnationale Versammlung wird damit betraut, gemeinsame Entscheidungen über globale Gemeingüter wie Klima, Forschung und globale Steuergerechtigkeit zu treffen. Diese Versammlung könnte aus Mitgliedern nationaler Parlamente oder aus eigens gewählten transnationalen Abgeordneten, oder einer Mischung aus beidem bestehen. Eine andere Idee wäre, dass die verschiedenen regionalen Verbände, wie die PEU, oder eine Parlamentarische Afrikanische Union usw., sich in einer übergeordneten transnationalen Föderation abstimmen. Piketty ist bewusst, dass diese Konzepte derzeit vielen als illusorisch erscheinen mögen. Er sieht sich hier eher als Ideengeber für den Weg in eine demokratischere und sozial gerechtere Zukunft.

LESESTOFF ZU VERTEILUNGSFRAGEN

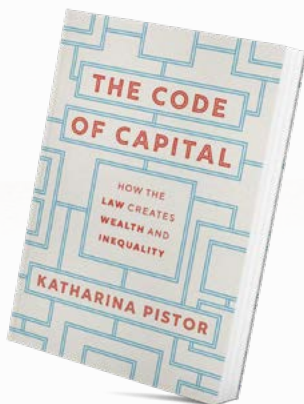


Martin Schürz, Überreichtum, 2020

Wie Vermögen verteilt wird, ist keine private Frage. Sie geht alle etwas an. Martin Schürz führt uns die Zahlen vor Augen, und erklärt, was problematisch am Überreichtum ist. Wer eine gerechte Gesellschaft will, muss zuerst verstehen, wie Vermögenskonzentration wahrgenommen wird. Denn Überreichtum gefährdet die Demokratie und die politische Gleichheit.

Caroline Criado-Perez, Unsichtbare Frauen, 2020

Unsere Welt ist von Männern für Männer gemacht und tendiert dazu, die Hälfte der Bevölkerung zu ignorieren. Caroline Criado-Perez erklärt, wie dieses System funktioniert. Sie legt die geschlechtsspezifischen Unterschiede bei der Erhebung wissenschaftlicher Daten offen. Sie plädiert für einen Wandel dieses Systems.



Katharina Pistor, The Code of Capital, 2019, Englisch

The Code of Capital erklärt, wie Kapital hinter verschlossenen Türen in den Büros von Privatanwälten geschaffen wird, und warum diese wenig bekannte Tatsache einer der Hauptgründe für die wachsende Wohlstandskluft zwischen den Inhabern von Kapital und allen anderen ist.

Karin Fischer, Margarete Grandner, Globale Ungleichheiten, 2019

Über Zusammenhänge von Kolonialismus, Arbeitsverhältnissen und Naturverbrauch. Das Buch widmet sich der ungleichen Verteilung von Einkommen, Vermögen und Lebenschancen auf der Welt.





VERMÖGENS- UND EINKOMMENSBROSCHÜRE

Für die Vielen, nicht die Wenigen. Zwei Broschüren zeigen die Verteilung von Einkommen und Vermögen. Mit anschaulichen Grafiken und kompakten Texten werden Zahlen, Daten und Fakten aufbereitet.

<https://wien.arbeiterkammer.at/verteilungsgerechtigkeit>

VERTEILUNGSFRAGEN ONLINE



World Inequality Database

Die World Inequality Database bietet einen offenen und bequemen Zugang zu der umfangreichsten verfügbaren Datenbank über die historische Entwicklung der weltweiten Verteilung von Einkommen und Vermögen.

www.wid.world



Das Portal für Verteilungsfragen

Auf verteilung.at wird über Verteilungsfragen informiert. Nutzerinnen und Nutzer sollen sich selbst ein Bild machen können, wie es um die Verteilung in Österreich bestellt ist und auf dieser Basis bewerten wie gerecht unsere Gesellschaft ist.

www.verteilung.at



Thomas Piketty

Auf der Webseite von Thomas Piketty finden sich alle Grafiken und Daten zu seinen Büchern und verschiedene Vortragunterlagen.

<http://piketty.pse.ens.fr>



Genug
vom Fischen
im Trüben?

A&W
blog

awblog.at

120.461.000



120 Millionen Menschen, also jede 5. Person in der EU ist von Armut betroffen. Die EU ist eine der reichsten Regionen der Welt.

www.inequalityin.eu



Bessere Welt
Der faire Buchshop

Gratisversand
in
Österreich!

NEU



Kapital und Ideologie

Thomas Piketty

C.H.Beck / 2020 / 1.312 Seiten / EUR 41,10

ISBN 978-3-406-74571-3

Der Kapitalismus ist kein Naturgesetz. Märkte, Profite und Kapital sind Konstruktionen, die von unseren Entscheidungen abhängen. Der junge Ökonom Thomas Piketty erforscht die Entwicklungen des letzten Jahrtausends, die zu Sklaverei, Leibeigenschaft, Kolonialismus, Kommunismus, Sozialdemokratie und Hyperkapitalismus geführt haben.

Seine These: Nicht die Durchsetzung der Eigentumsrechte oder das Streben nach Stabilität sind der entscheidende Motor des Fortschritts über die Jahrhunderte gewesen – sondern das Ringen um Gleichheit und Bildung. Er plädiert für einen neuen «partizipativen» Sozialismus, eine Ordnung, die auf einer Ideologie der Gleichheit, des sozialen Eigentums, der Erziehung und Bildung und der Teilhabe an Wissen und Macht basiert. Piketty ist ein großer linker Denker, vielleicht der wichtigste unserer Zeit. «Kapital und Ideologie» ist dazu bestimmt, eines der unverzichtbaren Bücher unserer Zeit zu werden, ein Buch, das uns nicht nur hilft, die Welt besser zu verstehen, sondern sie zu verändern.

besserewelt.at

Fachbuchhandlung des ÖGB-Verlags

Rathausstraße 21, 1010 Wien

shop@besserewelt.at

Telefon 01/405 49 98-132

Fax 01/405 49 98-136

Durchgehend geöffnet

Montag bis Freitag, 9.00–18.00 Uhr



